

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postkassentkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im
Anzeigenteil 15 Groschen.
(Reklameteil 45 Groschen;
Sonderpreis 50 % megr. Reklameteil 90 mm breit) 135 Gr.
Auslandsinserate: 100 % Aufschlag.

Erchein:
an allen Werttagen.
Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postkassentkonto für Polen
Nr. 200 288 in Posien.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zt. bei den Ausgabestellen 5.25 zt. durch Zeitungsboten 5.50 zt.
durch die Post 5.— zt. ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Minister Rauscher beim Marschall Piłsudski Eine dreistündige Unterredung.

Warschau, 20. Februar. Die Warschauer Blätter beschäftigen sich in mehr oder weniger dunklen Artikeln über die Unterredung, die der deutsche Gesandte in Warschau, Herr Minister Rauscher, mit dem Marschall Piłsudski hatte. Es ist kaum möglich, genaueste Informationen über diese Unterredung zu haben, denn was in Warschau besprochen worden ist, ist vorerst noch kaum geeignet, Klarheit zu bringen. Auch die reichsdeutschen Blätter sind nicht informiert, da der Bericht des deutschen Gesandten in Berlin noch nicht vorliegen dürfte.

Der Krakauer „Kurjer Codzienny“ berichtet, daß die Unterredung drei Stunden gedauert habe, und daß der deutsche Gesandte im Namen seiner Regierung den Vorschlag gemacht habe, einen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Polen abzuschließen, der etwa dem Muster des Vertrages zwischen Deutschland und der Schweiz entsprechen würde. Ueber den Wert dieses Vorschlages sind in polnischen Kreisen die Meinungen geteilt.

Nach der Konferenz mit Minister Rauscher empfing Piłsudski am 11. Uhr nachts den polnischen Außenminister Jędrzejowski. Dieser konferierte mit ihm bis 1 Uhr nachts. Am Sonnabend ist der Marschall Piłsudski dann im Ministerrat erschienen, um mit dem Vizepremierminister Bartel längere Zeit zu sprechen.

Das Blatt bringt danach gleichzeitig eine Berliner Meldung, in der gesagt wird: „In der Unterredung mit dem Marschall Piłsudski und dem deutschen Gesandten Minister Rauscher hat der Marschall Piłsudski den Vorschlag der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen unter der Bedingung, daß zuerst Verhandlungen über die Niederlassungsfrage und die Ausweisungen vorgenommen werden müßten, abgelehnt. Der Marschall erklärte, daß Polen diese Fragen nur im Verlauf der allgemeinen Fragen erledigen könne.“

Die Berichte in der Presse sind im allgemeinen nicht leicht zu durchschauen. Es wäre auch verfrüht, an die Unterredung die verschiedenen Kombinationen zu knüpfen, die doch nur unklar und in der Tat besteht, zeigt ja die tägliche Beobachtung, die dieser Frage gewidmet wird. Im übrigen sehen wir auch aus den Mitteilungen, die Minister Jędrzejowski am Sonnabend vor der Presse gemacht hat, daß in den maßgebenden polnischen Kreisen nicht die Ansicht besteht, mit allen schroffen Mitteln einen offenen Bruch zu vollziehen.

Die amtliche Mitteilung über den Verlauf der Unterredung ist bis zur Stunde von der polnischen noch von der deutschen Regierung bekannt gegeben worden.

Anleiheverhandlungen ...

Schwierigkeiten.

Der „Dziennik Warszawski“ bringt folgende Meldung: In einem Teil der Presse ist die Alarmnachricht erschienen von einem angeblichen Verzicht der Regierung auf die Anleihe für die polnische Industrie. In Warschau werden bekanntlich seit gewisser Zeit entsprechende Verhandlungen geführt, und zwar einerseits von Kreditunternehmern der polnischen Industrie und auf der anderen Seite vom polnischen Agenten Kłopot, dem Schöpfer der Dillon-Anleihe. Diese Anleihe war zunächst so gedacht, daß sie sich auf hypothetische Garantien einzelner Industrieunternehmen stützte. Sie war anfangs in Höhe von einigen 10 Millionen Dollar geplant. Im Laufe der Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die Industrie im ganzen auf 5 Millionen restierte. Am 13. d. Mts. haben es zu einer vollen Verständigung zwischen den verschiedenen Parteien. Die Sache war aber noch nicht erledigt, weil die entscheidende Stimme der Regierung ausblieb. Herr Kłopot verlangte eine staatliche Garantie. Die Gewährung einer solchen Garantie durch die Bank Gospodarstwa Krajowego büßte ihre Aktualität ein durch den Beschluß der Regierung, grundsätzlich die Garantie zu gewährleisten, wenn die Anleihebedingungen entsprechende wären. Nach Informationen jener Finanzkreise sollte die Ursache für den Abbruch der Verhandlungen ein Bericht des Herrn Młochowski aus New York sein, der sich der Garantiegewährung widersetzte.

Herr Młochowski bemerkte, daß eine solche Transaktion die Beziehungen der polnischen Delegation in Amerika ungünstig beeinflussen könnte. Von anderer Seite wird gemeldet, daß Herr Kłopot sehr unzufrieden ist mit dem Endstadium der Verhandlungen und erklärt haben soll, daß ein solches Vorgehen Polen bei seinen weiteren Bemühungen um die Erlangung ausländischer Kredite schaden könnte. Nach Informationen aus glaubwürdiger Quelle sind die Verhandlungen noch nicht endgültig abgebrochen worden. Die Regierung ist bestrebt, daß der Abbruch der Transaktion mit dem Kommissariat der Bemühungen der polnischen Delegation in Amerika eine große Anleihe in Amerika hinderlich sein könnte. Das Finanzministerium hat sich an die polnischen Bevollmächtigten, Professor Krzyżanowski und Direktor Młochowski, mit der Frage gewandt, welche Haltung diesen Verhandlungen gegenüber einzunehmen wäre. Es ist mit der Delegation unterlassen worden. Es muß hierbei auch auf die deutschen Verhandlungen hingewiesen werden, die sich bemüht, die Anleihebestimmungen der Regierung zu lächeln. Doch dürfen wir nicht vergessen, daß die amerikanische Finanzwelt über die politischen Verhältnisse in Europa genau orientiert ist, ebenso wie sie über die günstigen Wirtschaftsbedingungen Polens gut unterrichtet ist.

Das deutsche Vorbild.

Die Verweigerung einer Regierungsgarantie für die Kłopot-Anleihe gibt dem „Kurjer Codzienny“ Anlaß, eine Festlegung der polnischen Anleihepolitik zu versuchen, und sich dabei auf das deutsche Muster zu beziehen. Die betreffenden Ausführungen lauten: „Diese ganze Angelegenheit läßt die Notwendigkeit erkennen, daß unsere Anleihepolitik festgelegt wird, daß man die Grundzüge ausarbeitet, an die wir uns bei Verhandlungen um die Kredite zu halten hätten. Wenn es wahr ist, wie es das System ausländischer Kapitalien beginnt, so ist der gegenwärtige Augenblick gerade dafür geeignet, sich über die allgemeinen Grundzüge für Anleiheunterhandlungen klar zu werden. Dabei könnten uns die deutschen Erfahrungen

zu Hilfe kommen. Um eine einheitliche und konsequente Anleihepolitik führen zu können, haben die Deutschen ein besonderes Organ für Angelegenheiten des ausländischen Kredits geschaffen, die sogenannte Beratungsstelle für Auslandskredite. Vor kurzem hat dieses Amt einen Tätigkeitsbericht erstattet. Daraus erfahren wir, daß in der Zeit vom 1. Januar 1926 jede langfristige Anleihe durch die Hände dieses Amtes gegangen ist. Das Amt prüfte die Zwecke, zu denen die Anleihe verwendet werden sollte, es prüfte die Kreditfähigkeit der sich bewerbenden Institutionen, es war behilflich bei der Durchführung dieser Verhandlungen, es stellte die allgemeinen Kreditbedingungen auf, es kontrollierte die schließliche Verwendung der Anleihe usw. Dadurch ist es möglich gewesen, in der Kreditpolitik Deutschlands einen einheitlichen und konsequenten Charakter zu bewahren, der den allgemeinen Bedürfnissen des Landes angepaßt war.“

Nach weiterer Darlegung des deutschen Musters kommt das Blatt zu folgenden Schlüssen: „Eine einheitliche und konsequente Führung der Anleihepolitik, die Befolgung rationaler Grundsätze bei der Verwendung von Krediten, die Zentralisierung in der Hand eines amtlichen Organs, das hat den geradezu unerhörten Erfolg Deutschlands in der Geschichte des Weltkredits zur Folge gehabt. Wir nehmen an, daß auch unsere Regierung sich die Erfahrungen Deutschlands zu nütze machen wird, daß uns in wirtschaftlichen Fragen hier und da (1) als Beispiel dienen kann. Die Zentralisierung der Aktion, die Ausarbeitung eines rationalen Programms für die Anleihepolitik und die konsequente Innehaltung der festgelegten Grundsätze, das sind die Bedingungen für entsprechenden Erfolg bei unseren Kreditbemühungen, denen wir alle so großes Gewicht beilegen.“

Die deutsch-polnische Schlichtungskommission.

Posen, 19. Februar. Die deutsch-polnische Schlichtungskommission ist in Berlin zusammengetreten und hat am 18. Februar ihre erste Sitzung abgehalten.

Zwei Monate nach diesem Datum läuft die Frist ab, innerhalb deren Anträge auf Schlichtung von Streitigkeiten über die Frage der Staatsangehörigkeit bei der genannten Kommission vorgebracht werden können.

Das deutsche Generalkonsulat in Posen ist bereit, solche Anträge an die Schlichtungskommission weiterzuleiten, doch kann für Anträge, die nach dem 13. April bei ihm eingehen, die Gewähr rechtzeitiger Anbringung nicht übernommen werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der 15. April Karfreitag und der 17. und 18. April Osterfeiertage sind.

Der Abbruch der Finanzverhandlungen zwischen Polen und Danzig.

Danzig, 21. Februar. (Pat.) Die Polnische Telegraphen-Agentur bringt folgende Darstellung über den Abbruch der Verhandlungen zwischen Danzig und Polen: „Bekanntlich hatte das Finanzkomitee des Völkerbundes, als es sich der Frage der Sanierung der Danziger Finanzen zuwandte, dem Danziger Senat außer Haushaltsersparnissen eine Verständigung mit Polen in einigen Fragen angetragen, von denen der Vertrag über die vorläufige Beteiligung Danzigs an den Zolleinkünften und der Vertrag über das Tabakmonopol in den Vordergrund rückten. Um Danzig zu Hilfe zu kommen und mit dem Völkerbunde an dem Werke der Sanierung der Danziger Finanzen mitzuwirken, hatte sich die polnische Regierung entschlossen, Danzig eine Summe von 14 Millionen Danziger Gulden jährlich als Mindestanteil an den Zolleinkünften zuzusichern. Zugleich drängte sich aber die Notwendigkeit auf, bestimmte Ergänzungen in den Zollvorschriften einzuführen, worauf der Senat der Freistadt Danzig einging. Der diesbezügliche Vertrag wurde im Genf am 20. September 1926 unterzeichnet. Während die polnische Regierung diesen Vertrag vom Datum der Unterzeichnung provisorisch anwandte, wurde von seiten des Danziger Senats die Annahme der Änderungen angefochten. Die Vermittlungsaktion des Hohen Kommissars des Völkerbundes zeitigte kein positives Resultat, da der Danziger Senat die vorläufige Auslegung der angefochtenen Artikel nicht akzeptierte.“

In der letzten Zeit der Verhandlungen verlangte der Senat eine Abänderung des bereits unterzeichneten Vertrages, was weder aus sachlichen noch aus formellen Gründen als möglich erachtet werden konnte. In der Frage der Einführung des Tabakmonopols in Danzig ging die polnische Regierung darauf ein, daß Monopol, der vom Danziger Monopol eingeführt würde, zollfrei sein sollte. Die polnische Regierung konnte sich aber mit einer anderen Angelegenheit nicht einverstanden erklären, nämlich mit dem Projekt der Bildung eines Konsortiums unter Teilnahme von Danziger, deutschen, englischen und holländischen Banken, unter Ausschluss polnischer Banken. Die polnische Regierung konnte auch die Schlussentscheidung des Danziger Senats, der schließlich eine 12prozentige Beteiligung polnischer Kapitalien vorschlug, nicht für befriedigend erklären. Die polnische Regierung war bereit, in dieser Frage den interessierten Banken die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung zu belassen, oder die Vermittlung des Hohen Kommissars des Völkerbundes anzunehmen.

Beide Vorschläge wurden jedoch vom Danziger Senat nicht angenommen, trotz der deutlichen Vorteile, die sich aus der Beteiligung polnischer Wirtschaftskreise für Danzig ergeben konnten. Unabhängig von diesen Angelegenheiten akzeptierte die polnische Regierung im Einlaß mit ihrer grundsätzlichen Handlungsweise und unter Berücksichtigung einer günstigen Entfaltung des Danziger Hafens ohne Vorbehalt die Entscheidung des Präsidiums des Hafenrats, nach der der Hafenrat eine Anleihe von 20 Millionen Danziger Gulden für Investitionen aufnehmen soll, und schlug auch sogar eine unverzügliche Durchführung dieser Entscheidung vor. Bei dieser Gelegenheit hätte Danzig nicht nur Vorteile erlangt, die mit der Hafenentwicklung verknüpft sind, sondern auch noch 7 Millionen Danziger Gulden aus dem Titel der Rückerstattung der zuvor vom Hafenrat beim Danziger Magistrat aufgenommenen Anleihe. So tat die polnische Regierung alles, was möglich war, um das Werk der Sanierung der Danziger Finanzen gütlich zu Ende zu führen. Es ist demnach zu bedauern, daß die Verhandlungen mit Danzig einen solchen Abschluß gefunden haben.“

Sozialisten zum Faszismus.

(Von unserem Berichterstatter.)

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten!)

Dr. F. B. S. Rom, Februar 1927.

Das Manifest, das die Organisationen und Leiter der früheren großen Gewerkschaftsvereinigungen, Confederazione del Lavoro, an die sozialistischen Arbeiter erlassen haben, ist eines der wichtigsten Dokumente zur Beurteilung der faszistischen Arbeitsgesetzgebung und deren Rückwirkung auf die Arbeiterkreise.

Die Confederazione del Lavoro, in der über zwei Millionen Arbeiter aus allen Industriezweigen eingeschrieben waren, hat sich nach Schaffung der faszistischen Gewerkschaften aufgelöst, und nicht von der Klausel des diese Materie regelnden Gesetzes Gebrauch gemacht, wonach ihr das Fortbestehen unter gewissen Umständen möglich gewesen wäre. Die Confederazione del Lavoro vertrat im Prozeß der Evolution der arbeitenden Massen eine gesunde Realpolitik. Sie war immer ein, eben auf diesen Realitäten fußendes Gegengewicht gegen die parteipolitische, doktrinaire Haltung der parlamentarischen Gruppen. Daher waren auch ihre Führer gegen den „politischen Streik“, den die Parlamentarier wünschten, der aber in seiner realen Auswirkung den arbeitenden Massen nur wirtschaftliche Nachteile brachte. Aus der Confederazione del Lavoro kristallisierte sich auch die Erkenntnis heraus, daß die Interessen dieser arbeitenden Massen besser gewahrt würden, wenn die Partei sich aktiv an der Verwaltung des Staates, den sie dogmatisch negierte, beteiligte.

Die Persönlichkeiten, die das Manifest unterzeichnet haben, genießen einen verdienten Ruf, auch außerhalb Italiens. Rinaldo Rigola war der erste Sekretär der Confederazione und gehörte bis 1906 dem Parlament an. Er vertrat seit 1908 die Tendenz in der Gewerkschaftsbewegung, diese vom Einfluß der politischen Partei fernzuhalten, und so etwas wie eine Labour Party zu schaffen. In der von ihm gegründeten Zeitschrift „I Problemi del Lavoro“ propagierte er seine Auffassung. Ludovico Calda war der Gründer der Gewerkschaften des Industrie- und Schiffahrtszentrums Genua und leitete die Zeitung „Lavoro“ in Genua. Carlo Azimonti redigierte die Zeitung „Battaglia Sindicali“ und gehörte der Direktion der Confederazione del Lavoro an. Rina war Vorsitzender der internationalen Vereinigung der Hutmacher, deren Sprecher er auf fast allen internationalen Arbeiterkongressen war. Maglione hat sich auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung besonders hervorgetan. Ludovico d'Aragona war mit Rigola einer der Gründer der Confederazione und deren Generalsekretär nach dem Ausscheiden Rigolas, ein Posten, den er bis zur Auflösung der Confederazione im vorigen Jahre inne hatte. Gleichzeitig war er Ausschussmitglied des Bureau International du Travail.

D'Aragona zeigte einen scharfen politischen Blick in einer sehr kritischen Zeit, während des großen Metallarbeiterstreiks im Sommer 1921. Der Streik, der zunächst lediglich ein Lohnkampf in der Metallindustrie war, drohte durch Ausdehnung auf andere Industrien zu einer Paralyse des gesamten Wirtschaftslebens Italiens zu führen, und hätte leicht in eine Revolution übergehen können, da damals die Versenkung mit bolschewistischen Gedanken in Italien stark war. Das Direktorium der Partei verlangte, gestützt auf ein bindendes Abkommen zwischen Confederazione und Partei, daß die Weiterführung des Streiks und sein Nichtgeben aus den Händen der Confederazione an die Leitung der Partei überginge, da der Streik einen politischen Charakter angenommen habe. D'Aragona ist es zu verdanken gewesen, daß der Antrag nicht durchging und der Streik auf seine rein wirtschaftliche Basis gestellt blieb. Die Besetzung der Fabriken konnte er nicht verhindern. Es ist ihm aber zuzuschreiben, daß die sozialistische Partei von der Belastung durch die utopistischen Extremisten befreit wurde, die aus der Partei austraten und sich als selbständige kommunistische Partei konstituierten. Das war eine für die sozialistische Partei sehr wichtige Scheidung. D'Aragona, hinter ihm die Massen der organisierten Arbeiter, im parlamentarischen Ausschuss unterstützt von Turati und Treves, machte für den Gedanken Propaganda, die künftige konfliktlose Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit durch ein aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetztes Schiedsgericht (Arbeitsparlament) zu lösen. Ein Gedanke, den auch der frühere Sozialist Labriola, der das Arbeitsministerium im Kabinett Giolitti inne hatte, vertrat, und den auch Giolitti selbst aufgriff. Im Grunde genommen ist dieser große Streik nicht durch die Parteien selbst beigelegt worden, sondern durch den direkten Eingriff des Staates. Giolitti, der die Streikbewegung untätig hatte anwachsen

Der Prozeß gegen das „Słowo Pomoſkie“

Schimmisvolle Dokumente. — Ein Jahr Gefängnis für den Redakteur.

* Thorn, 17. Februar. Aus der Vorgeschichte des hochpolitischen Prozesses gegen das Thorer „Słowo Pomoſkie“ wegen Verleumdung und Verleumdung des Divisionsgenerals Verbecki entnehmen wir dem genannten Blatt folgende Einzelheiten:

Als am 6. August 1914 der jetzige Marschall Piłsudski auf den Plan trat, um die damals in der Entwicklung begriffenen Ereignisse für die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates auszunutzen, wurde die Meinung der polnischen Bevölkerung in zwei ungleiche Teile geteilt. Beide erblickten in dem Kriegsausbruch die Quelle der künftigen politischen Wiedergeburt der Nation, vermochten jedoch nicht, einen gemeinsamen Weg für dasselbe Ziel zu finden, dem sie zustrebten. Dieser entgegengesetzte politische Start im Jahre 1914 war die Ursache für alle Unergründlichkeiten im politischen Leben des Staates und für die vielen verheerenden Reibungen innerhalb der polnischen Gemeinschaft. Eine dieser Erscheinungen ist eben der Prozeß gegen das „Słowo Pomoſkie“ über die politische Vergangenheit des Generals Verbecki.

General Verbecki gehörte politisch dem Lager an, das um jeden Preis einen Anschlag auf Deutschland und Oesterreich anstrebte. Ein geschichtlicher Augenblick im Piłsudski-Lager war die Einnahme Warschaws durch deutsche Truppen im Jahre 1915. Das Lager sah in Warschau die Hauptstadt des polnischen Staates, die an Polen abgetreten werden mußte, um in ihr die Fundamente des Staates zu legen. Indessen dachten die Sieger nicht daran (?), Warschau herzugeben, ja sie taten, als ob sie die Wünsche der Piłsudski-Anhänger überhörten. (?) Als Piłsudski nach Warschau kam und im „Hotel Francuski“ Wohnung nahm, trieben die deutschen Behörden, als sich vor dem Hotel eine Menschenmenge zu einer Begrüßung ansammelte, ohne Zeremonie die Leute auseinander. Der feierliche Einmarsch der Legionen fand nicht statt, und einige Abteilungen, die in die Stadt einmarschiert waren, zogen sich bald zurück. Diese erste ablehnende Salbung der Deutschen weckte die Wachsamkeit der Piłsudski-Anhänger. Sie begannen von den Deutschen die Präzisierung ihres Standpunktes zu fordern, und die Leiter der Legionen verhielten sich den Deutschen gegenüber kritisch. Die rasch aufeinander folgenden Ereignisse in dem von den deutschen Truppen besetzten Teile Polens überzeugten sie davon, daß man sich vom aktiven Kampf ausschließen müsse. Diese Etappe fand ihren Abschluß mit der Ablehnung der Eidesleistung und der Internierung der Legionsführer in Sachsin und Benjaminow, und Piłsudski in Magdeburg. Es blieb jedoch eine geringe Gruppe von Offizieren und Soldaten übrig, die sich dem Kommando der deutschen Behörden unterordneten und den Eid auf Verbecki leisteten. Von diesen Soldaten wurden zwei Abteilungen der sogenannten polnischen Wehrmacht gebildet. Gegen diese ehemaligen Kameraden traten nun die Legionäre auf; der Kampf war außerordentlich heftig. Die Legionäre, denen es gelang, der Verbannung zu entgehen oder aus der deutschen Gefangenschaft zu entfliehen, legten den Grundstein zu einer geheimen polnischen Armee in Gestalt der polnischen Militärorganisation (P.O.W.). Diese Organisation trat rücksichtslos gegen die Deutschen auf, machte aber gleichzeitig der „polnischen Wehrmacht“ einen scharfen Kampf an. Die Mitglieder der Wehrmacht, unter denen sich der damalige Oberst Verbecki, sowie eine politische Gruppe der radikalen Germanophilen mit Herrn Studnicki an der Spitze befanden, sahen sich einer überaus schwierigen moralischen Lage gegenüber. Die Gemeinschaft sprach sich entschieden gegen die Deutschen aus, und bei ihr konnte die Wehrmacht keine Unterstützung finden. Die Lage wurde noch komplizierter, als der deutsche Generalstab an den Regentensrat mit der Forderung auf Stellung eines Kontingents polnischer Rekruten in Stärke von 250.000 Mann herantrat, die die „wankende“ deutsche Front im Westen stärken sollten. Der deutsche Generalstab drang immer mehr auf die Verwirklichung dieser Forderung, und dies bewog die Zentralmächte, den bekannten Akt vom 5. November 1916 zu veröffentlichen.

Die germanophile Gruppe des Herrn Wladyslaw Studnicki war sich darüber klar, daß sie nur für diesen Preis reale Vorteile für ihre Pläne werden erlangen können. Die Wehrmacht wurde dadurch in eine schwierige Lage versetzt. Denn während ihre Kollegen, die in die deutschen Reihen nicht eintraten, der polnischen Bevölkerung gegenüber auf die Rechnung stießen konnten, die sie einmal den Deutschen für das vermeintliche Blut (?) ausstellen würden, konnten die Wehrmachtsteile mit solchen Plänen für die Zukunft nicht (?) aufwarten, da sie sich freiwillig dem deutschen Kommando für die deutsche Staatsraison (nein, für die polnische Zukunft!) D.R.) untergeordnet hatten. (Die Legionäre hatten sich in ihren Kampfzeiten

nicht minder dem Kommando der Zentralmächte untergeordnet. D.R.) Zu guter Letzt wandten sich alle Linkselemente, die die Legionen Piłsudski unterstützten, vollkommen von den Deutschen ab und traten ebenfalls zum Kampf gegen die Wehrmacht auf. Es kam so weit, daß die Wehrmachtsteile von der polnischen Bevölkerung heftiger bekämpft wurden, als die Deutschen selbst. Die Forderung auf Stellung eines polnischen Rekrutenkontingents wurde nicht erledigt. Der Regentensrat zögerte mit der Befolgung der Forderung. Verbecki und die Zivilverwaltung drängten immer intensiver, und die Gruppe Studnicki unterstützte die deutschen Forderungen. Letzten Endes sollte ein Anschlag gegen den Regentensrat ausgeführt werden, um die Rekrutierung durchzusetzen. Der Widerstand von der anderen Seite wurde ebenfalls stärker. Zum aktiven Kampf mit den Wehrmachtsteilen und gegen die Rekrutenabschiebungen traten alle polnischen nationalistischen Elemente auf und gingen damit Hand in Hand mit den Linkselementen. Das Verbleiben in dieser Wehrmacht wurde öffentlich und aufs schwerste gebrandmarkt. Die polnische Militärorganisation (P.O.W.), die nur aus radikalen Elementen bestand, forderte vor der Organisation von Anschlägen nicht zurück, um die Durchführung des Projektes der Rekrutenabschiebung unmöglich zu machen. In dieser Atmosphäre erschien jene Veröffentlichung dieser Organisation, deren Veröffentlichung jetzt den Gegenstand der Anklage gegen das „Słowo Pomoſkie“ bildet.

das schimmisvolle Dokument,

das das Datum vom 26. Juni 1918 trägt, enthält die Mitteilung, daß einige Aktivisten einen Anschlag auf den Regentensrat organisiert hätten. Der Anschlag sollte darin bestehen, daß einige Personen sich zu den Regenten Erzbişhof Katowski und Dr. Ostrowski begeben und sie unter Drohung mit der Waffe zwingen sollten, aus dem Regentensrat auszutreten. Das Kommando der polnischen Militärorganisation zitiert Abschnitte aus Gesprächen des Herrn Studnicki mit Herrn Bieranski, aus denen hervorgeht, daß die Aktivisten die Absicht hätten, im Falle der Ablehnung der Forderung, den Erzbişhof Katowski sowie seinen Sekretär und Berater, Prälat Chelmski, auf geheimnisvolle Art zu erschließen. Weiter soll nach diesem Kommando General Verbecki erklärt haben, daß sein Degen zur Verfügung stehe.

Im Zusammenhang mit diesem Kommando bedachte das „Słowo Pomoſkie“ den General Verbecki mit einer Reihe von Verleumdungen und Beleidigungen, die der General zum Anlaß nahm, gegen den verantwortlichen Schriftleiter dieser Zeitung gerichtlich vorzugehen. Am ersten Verhandlungstage gab der als Zeuge vernommene General Verbecki Aufschlüsse über die Entstehung des erwähnten Kommandos, das er den politischen Konflikten zwischen ihm als Mitglied der Wehrmacht und seinen politischen Gegnern zuschrieb, die die Aktion der Bildung der Wehrmacht für unangebracht hielten. General Verbecki betonte, er sei in der Wehrmacht nur auf Befehl des damaligen Führers des Hilfekorps, Generals Szeptycki, und zwar zu dem Zweck geblieben, um die Adressen der Offiziere und Unteroffiziere vorzubereiten. Der General orientierte sich in der politischen Lage und ahnte voraus, daß die Tage der Herrschaft Deutschlands im Warschauer Okkupationsgebiet gezählt seien und daß infolgedessen die Veranziehung eines Nachwuchses von Instrukteuren für die künftige polnische Armee eine Frage von erster Bedeutung gewesen sei. Der Zeuge wies mit Entschiedenheit den Vorwurf der germanophilen Einstellung, mit der man während der kritischen Zeiten der Okkupation so leicht operiert habe, zurück. Wir verweisen im übrigen auf die ausführliche Wiedergabe der Verbecki-Rede „Der Geist des Kontad Wallenrod“.

In der Mittwoch-Verhandlung wurden nun, wie die „Deutsche Rundschau“ weiter schreibt, die auf Antrag des Angeklagten geladenen Zeugen vernommen, die verschiedene „Moralitäten“ in der Aussage des Generals Verbecki darlegen sollten. Der Industrielle Czeslaw Zbieranski aus Warschau erklärte auf Befragen, daß er an den Arbeiten der militärischen Organisation im Jahre 1918 aktiv teilgenommen habe. Seit dem Jahre 1906 habe er sich an familiären Aktionen beteiligt, die die Befreiung Polens zum Ziele hatten. Ueber den geplanten Anschlag auf den Regentensrat habe er mit Studnicki gesprochen. Das Kommando der polnischen Militärorganisation habe aber durchaus nicht die Absicht gehabt, in diese Aktion verwickelt zu werden; die Unterredungen mit Studnicki hätten nur informativ Charakter über den geplanten Anschlag gehabt. Die ganzen Verhandlungen seien in einer Zeit allgemeiner Niedergeschlagenheit, Depression und Empörung geführt worden, die eine Folge der deutschen Siege an der Front gewesen seien. In einer zweiten, durchaus konkreten Unterhaltung habe Studnicki von dem Plan gesprochen, einem deutschen Fürsten den Weg zum polnischen Thron zu ebnen. Studnicki habe sogar Geld mitgebracht, für das Waffen angekauft worden seien. Der Anschlag sollte sich gegen alle drei Regenten richten, sie sollten, falls sie nicht freiwillig abtaten wollten, beseitigt werden. Studnicki hätte ihn,

den Zeugen, auch in die bereits getroffenen Vorbereitungen eingeweiht. Er sprach davon, die deutsche Feldpolizei in diese Aktion einzubeziehen. Die Polizei habe ihre Neutralität zugesagt, und es seien auch Vorbereitungen getroffen worden, am Tage des Anschlages die Telephone außer Betrieb zu setzen und ein Zimmer zu mieten, das dem Regentenspalais gegenüber liegt. Bei der Unterredung ist der Name des damaligen Obersten Verbecki im Zusammenhang mit dem geplanten Anschlag nicht genannt worden. Die Frage, ob das Oberkommando der polnischen Militärorganisation den geplanten Anschlag gebilligt hätte, beantwortete der Zeuge verneinend.

Auch der Zeuge Studnicki bestätigte, daß der General Verbecki mit diesem geplanten Anschlag nichts gemein hatte. Er habe den General für einen durchaus unpolitischen Menschen gehalten, der sich lediglich militärischen Angelegenheiten widme. Was den Regentensrat anbelangt, so sei er von vornherein Gegner dieser Einrichtung gewesen. Er habe die Ueberzeugung gehabt, daß der Anschlag die Deutschen gegenüber der polnischen Bewegung willfähriger machen würde.

Der Journalist Aleksander Marowski sagte, daß auf die Mitglieder des Regentensrates dreimal Attentatspläne vorbereitet worden seien. Den zweiten Anschlag hätte ein gewisser Guzdraj (PSE) geplant, dem man nach seiner Mittheilung aus der sibirischen Verbannung einredete, daß die Tätigkeit des Regentensrates für Polen unheilvoll sei. Radikale Aktivisten hätten diesen Mann dann bewegen wollen, den Pfarrer Chelmski zu töten; der Mann sei verhaftet, jedoch nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden, wahrscheinlich auf eine Intervention des Kommandanten der Feldpolizei Schulz, der an demselben Tage von Kampftruppen der PSE getötet wurde. In sämtlichen Gesprächen sei der Name des Generals nicht genannt worden.

Vor der Staatsanwaltschaft zu seiner Anklagerede das Wort ergreifend, fragte er den Angeklagten, ob er polnischer Staatsbürger sei. Der Angeklagte verneinte; er sei in Witopol (Sowjetrußland) geboren.

Das Urteil gegen Verbecki lautete auf ein Jahr Gefängnis und auf Veröffentlichung des Urteils in fünf polnischen Zeitungen. Der Staatsanwalt hatte 15 Monate Gefängnis beantragt.

Mit Rücksicht auf das hohe Strafmaß, sowie mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte nicht polnischer Staatsangehöriger ist, wurde auf Antrag des Procurators die sofortige Verhaftung des Angeklagten angeordnet. Er soll nach Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 5000 Bloty auf freien Fuß gesetzt werden.



Für jede Dame ist „TAKY“ eine wertvolle Erfindung,

sagt Fräulein RAQUEL MELLER:

„Ich höre oft von TAKY sprechen, dieser parfümierten Creme, welche gebrauchsfertig aus der Tube kommt und in 5 Minuten überflüssige Härchen und Haarflaum entfernt. Als vorsichtige Frau wollte ich mein Urteil nur nach einem sorgfältigen Versuch abgeben: Ich gestehe, daß ich entzückt bin. TAKY ist hundertmal besser, als das unbehagliche Rasiermesser, welches Pickel verursacht und das Nachwachsen der Haare beschleunigt, oder als die alten schlechteren und in der Anwendung komplizierten Enthaarungsmittel. TAKY riecht gut, reizt die Haut nicht und ist ebenso leicht anwendbar wie ein einfacher Schönheitscreme! In kurzer Zeit wird keine Dame mehr ohne TAKY auskommen. TAKY ist eine wertvolle Erfindung für uns.“

Noch heute kann man einen Versuch machen, und es ist kein Risiko dabei. Wir sind bereit, falls dieses Mittel irgend einem Geschmack nicht entspricht und nicht den gewünschten Erfolg bringt, das Geld bei Rücksendung der Tube zurückzuerstatten. Jeder Tube ist ein Garantieschein beigelegt.

TAKY ist erhältlich in allen entsprechenden Geschäften zum Preise von 6 Zl. Generalvertretung: A. BORNSTEIN & Co., Danzig, Böttchergasse 23–27. Tel. Danzig 66-14. Postscheckkonto P. K. O. Pommern 207 170.

Den Tuben mit dem Aufdruck: „A. BORNSTEIN & Co.“ ist eine Gebrauchsanweisung in polnischer Sprache beigelegt.

Nur für diese Tuben übernehmen wir Garantie!

Kofain und Opium.

Ein Roman aus der Gesellschaft von Sag Rohmer.

(47. Fortsetzung.) (Nachdruck unterliegt.)

„In Irwins Interesse hoffe ich das nicht, Herr Kommissar. Noch zwei sonderbare Tatsachen bestehen, abgesehen von dem Geheimnis, das Razmah umgibt: Die Tatsache, daß Mareno, der bestimmt ein Mischling ist, nicht trachtet, sich den Folgen durch Flucht zu entziehen, und der, daß Sin Sin Wa gleichfalls keinen Fluchtversuch gemacht hat. Begreifen Sie, was das bedeutet? Sie dienen zur Beschirmung der Hauptperson Razmah. So lange er und Frau Irwin außer dem Bereich unserer Hände sind, so lange können wir Mareno und Sin Sin Wa nichts beweisen. Höchstens könnten wir Frau Sin Sin anklagen, Opium verkauft zu haben.“

„Um das zu tun, müßten wir Zeugen stellen.“ bemerkte Kerry mißmutig. „Und wir würden höchstens zehn Pfund verurteilt.“

Es lag etwas in dem hageren, unraffierten Antlitz Seton-Paschas und auch etwas in seinen hellgrauen Augen, das mit Ausnahme der Hautfarbe einen sorgfältigen Beobachter an Kerrys bärches Gesicht erinnerte. Auf beider Züge las man ein ernstes Entschlossenheit und vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber den Gefahren. Und obwohl Seton dunkles und leicht ergrautes Haar hatte, während Kerry so rot war, wie nur ein Mann sein konnte, hatten sie trotz der Verschiedenheit ihres Außeren viel gemeinsame Charaktereigenschaften.

Der humoristische Zurückhaltung verdeckte, offenbarte Kerrys bärches Art sich direkt in all ihrer Kraft.

„Sin Sin Wa ist raffiniert.“ sagte Seton plötzlich. „Er ist ein sehr schlauer Patron. Behalten Sie ihn so

gut wie möglich im Auge. Aber er wird uns doch nicht nach dem „Magazin“ bringen. In meiner Eigenschaft als John Smiles habe ich heute morgen ein Gespräch mit ihm geführt und denselben Eindruck wie Sie erhalten. Er wartet auf etwas, das ist sicher. Ich habe eine Ahnung, daß, wenn wir auch fassen werden, Sin Sin Wa entweichen wird. Aber wir haben noch eine Möglichkeit.“

„Und die wäre?“

„Der Kaufgiste-Konzern kann nur auf eine Art den „Handel“ in Händen halten, und zwar nur indem er die höchsten Preise zahlt und somit jegliche Konkurrenz ausschaltet. Wenn er auch nur eine Woche aufhört zu kaufen, verliert er die Kontrolle über den Markt. Die Personen, die die Ware aus Japan, Südamerika, Indien, Holland und anderen Ländern einführen, werden diese an andere Leute verkaufen, wenn Razmah und Kompanie nicht austauschen, und daher müssen wir die Schiffe in den dafür in Frage kommenden Häfen beobachten lassen, oder besser noch, wir begeben uns unter die Schmuggler. Es müssen an den Seiten des Flusses Sammelplätze sein, die von dieser Art Menschen aufgesucht werden. Vielleicht werden wir dort etwas erfahren.“

Kerry zeigte ingrimmig lächelnd die Zähne. „Ich habe ein halbes Duzend flinker Kerle an die Arbeit gesetzt, die jede Diebeshöhle von Wapping bis Garvesend, also den ganzen Fluß entlang, durchschnüffeln. Aber wenn Sie meinen, daß eine persönliche Untersuchung etwas helfen kann, brauchen Sie es nur zu sagen.“

„Nun, mein lieber Herr Kommissar“ — Seton warf den Zigarrenstummel in den leeren Ofen — „was können wir Besseres tun?“

Kerry schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Sie haben recht.“ sagte er kurz. „Wir sitzen hier für nichts, und etwas ist immer besser als das. Wir machen uns sofort auf den Weg. Und unsere erste Reise gilt Dougal.“

„Dougal?“ wiederholte Seton-Pascha.

„Ja, zu Dougal, einem gefährlichen Ort auf der Hunde-Insel, wo sich die übelste Sorte Seeleute zusammenfindet, und wo auch Araber, Chinesen und anderes farbiges Volk willkommen sind.“

Seton-Pascha nickte mit einem ingrimmigen Lächeln.

„Auf zu Dougal!“ sagte er.

Als das Polizeiboot vom Limehouse Pier abstieß, jagte ein leichter Südostwind den Nebel auseinander, was einen eigenartigen Anblick gewährte. Eine große Bogenlampe, die auf den Docks brannte, ließ ihr gelbliches Licht über die Themse fallen, und ebenso plötzlich, wie es sich gezeigt hatte, verschwand es wieder, wenn eine Nebelwolke vorübertrieb.

Das Knarren der Riemen erklang spukhaft gedämpft, und keiner der Bootsinsassen schien Lust zu verspüren, ein Gespräch anzuknüpfen. Der Verkehr war nicht sehr reg, und ohne eine Schiffslaterne zu sehen, erreichten sie die Mitte des Flusses. Dann blies der heftige Wind den Nebel wieder auseinander, und vor sich erblickten sie plötzlich einen Dampfer der General Steam Navigation Company, der auf eine günstige Gelegenheit wartete, bei Deptford Creek das Dock aufzusuchen. Das Dröhnen und Hämmern einer Eisenfabrik auf dem Millwall-Ufer traf ihr Ohr, und hinter ihnen sahen sie abermals die Surrey-Docks. Sie dicht am Ufer haltend, ruderten sie in westlicher Richtung nach Greenwich.

Der Nebelvorhang hüllte sie wieder ein, Licht und Geräusche zugleich dämpfend. Als der Wind zurückkam, hatte er neue Kräfte gesammelt und trieb den Nebel in Wolken vor sich her, während er zugleich dumpfes Brüllen und den Geruch von Viehweiden mit sich führte. Auf und nieder tanzende Flammen verrieten den Platz der Gasanstalt auf dem Greenwich-Ufer.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Kreditprestige und § 247 B. G. B.

Von Dr. rer. pol. Dr. jur. Gerhard Schacher (Berlin).

Nach jahrelangen sehr schwierigen Bemühungen ist es endlich gelungen, das deutsche Kreditprestige wieder so weit zu heben, dass die auf Reichsmark lautenden Titel an den internationalen Plätzen fast in der gleichen Weise begehrt sind wie solche, die auf andere stabile Valuten lauten. Der beste Beweis dafür, dass das Prestige der Reichsmark nahezu restlos wieder hergestellt ist, kann in der Tatsache erblickt werden, dass seit langer Zeit die Pfandbriefinstitute ihre Obligationen nicht mehr wie früher auf Goldmark, bzw. Feingold usw. stellen, und dass man sich auch bei der Ausstattung der neuen fünfprozentigen Reichsanleihe lediglich mit einem Markennwert der Stücke begnügt. Im Zusammenhang hiermit und mit der Flüssigkeit des Geldmarktes steht auch das ständige Nachlassen der Zinssätze in Deutschland, und die Tatsache, dass die früher weit unter pari ausgegebenen sechs- und siebenprozentigen Titel den Kurs von 100% erreicht, teilweise sogar überschritten haben, während auch die fünfprozentigen Anleihen und Pfandbriefe von diesem Kursstande nicht mehr weit entfernt sind. Allerdings darf man sich nicht verhehlen, dass das Ausland ursprünglich, d. h. nach Stabilisierung der Reichsmark, lediglich durch die hohen Zinssätze dazu veranlasst worden ist, Kapitalien auf längere Sicht in Deutschland anzulegen. Damals galt es noch als ein keineswegs sicheres Geschäft, zehnpromtente deutsche Pfandbriefe zu zeichnen, man glaubte aber für dieses Unsicherheitsmoment in der ausserordentlich günstigen Verzinsung der Titel einen Risiko-Ausgleich erblicken zu können. Immerhin hat es grosser Werberarbeit deutscher Bankiers im Auslande bedurft, bis es gelang, diese zehnpromtente Emissionen unterzubringen, und allein aus der Kursentwicklung in der ersten Zeit nach Auslegung der Anleihen liess sich ersehen, dass es geraumer Zeit bedurfte, bis diese hochverzinslichen Titel einermassen in feste Hände übergegangen waren. Schlagworte, wie das von der Entwertung der Kriegsanleihe und der früheren deutschen Reichsanleihen mussten sich die deutschen Finanzleute im Auslande wiederholt sagen lassen, und immer wieder war es nur die Sicherheit einer langjährigen sehr hohen Rendite, die das Publikum, besonders in Holland, England, den skandinavischen Staaten, aber auch der Schweiz und nicht zuletzt der Vereinigten Staaten bewog, diese Kapitalanlage zu wählen.

Zum Bezug unserer Zeitung durch die Post.

Vom 15.—25. d. Mts. bitten wir Bestellungen auf das „Posener Tageblatt“ für den Monat März baldigst an die zuständige Postanstalt zu richten. Die Zeitung darf jeden Monat bestellt werden. Der Betrag ist an den Briefträger zu entrichten oder der Post einzufenden, spätestens 5 Tage vor Monatsbeginn. Nur bei Bestellung und Zahlung bis zum 25. d. Mts. kann pünktliche Lieferung der Zeitung am nächsten Monatsersten gewährleistet werden.

Auch für Kongress- und Klempolen ist jetzt unmittelbarer Postbezug zulässig.

Bei gewünschter Postüberweisung durch uns bitten wir Zahlung auf Postcheckkonto Poznań 200 283 oder unmittelbar an den Verlag des Posener Tageblatts, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 zu leisten.

Auf dem Postabschnitt vermerke man:

„Für Zeitungsbezug“.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen, 19. Februar.** Wegen Verleumdung und Beleidigung von Beamten wurde der Arbeiter Jan Ciemiernowski aus Lopuszno zu 6 Wochen, der Maurerpolier und Stadtverordnete Jan Kijaczynski aus Mur-Goslin zu 6 Monaten Gefängnis und bürgerlichem Exzess verurteilt. — Die 5. Strafkammer verurteilte den mehrfach vorbestraften Franciszek Tabat zu 1 Jahr Zuchthaus und bürgerlichem Exzess, weil er von einem Wagen Wäsche gestohlen hatte.

* **Bromberg, 20. Februar.** Die zweite verstärkte Strafkammer verurteilte den Aufseher Valentin Borakiewicz aus Neu-Pangrodz zu 3 Jahren Zuchthaus, wegen vorsätzlicher Brandstiftung, unter Verlesung mildernder Umstände, zu fünf Jahren Zuchthaus und Verurteilung von gleicher Dauer.

Briefkasten der Schriftleitung.

Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Belegquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimark zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

A. R. N. 1. Die Zinsenberechnung, wie Sie sie beabsichtigen, ist richtig. 2. Ob eine Umrechnung mit 60 Prozent, wie Sie wollen, oder mit 100 Prozent, wie die Bank will, richtig ist, können wir nicht entscheiden, da die polnische Aufwertungsbestimmung darüber keine ziffernmässigen Bestimmungen enthält. Es wird Ihnen wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Entscheidung des Gerichts abzuwarten. 2. Die Forderung der Bank auf Zahlung in Goldlosh. ist rechtlich nicht begründet; Sie sind nur zur Zahlung gewöhnlicher Kasse verpflichtet.

S. Bl. Hier. Über die Frage, wer die Mietskimpfsteuer zu zahlen hat, wenn der Mietskontrakt darüber nichts besagt, gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen. Wir würden aber der Auffassung zuneigen, dass der Mieter die Steuer zu zahlen hat.

S. P. E. Die Mitteilung derartiger Mittel, die meist bei ihrer Anwendung durch Laien nur die Gegenstände verderben, müssen wir zu unserem Bedauern grundsätzlich ablehnen.

Wettervorhersage für Dienstag, 22. Februar.

— Berlin, 21. Februar. Nachts noch heiter und kalt, am Tage langsam absteigende Temperaturen mit zunehmender Bewölkung.

Arbeitsmarkt

Tüchtiger bei Kurzwarengeschäften eingeführter

Bertreter

von Danziger Kurzwarengroßhandlung gesucht. Angebote mit Bild, Zeugnisabschrift resp. Referenzen an Bulofzer & Co., Danzig, Vorstadt, Graben 18.

Buchhalterin

(Ältere, erfahrene) gesucht bei freier Station. Erbitte Gehaltsforderungen. Eintritt nach Wunsch. Off. erbitte

A. BRANDT, Molkerei Czarnków.

Gesucht zum 1. April energischer Gespannvogt.

Dominium Łaskowo, poczta Inowrocław.

Haustochter, welche sämtliche Hausarbeiten verrichtet, steht per sofort aus Land gesucht. **Wienawicz, poczta Rogozno**

Per sofort jüngeres Lehrlingmädchen.

der deutsch- und poln. Sprache mächtig, gesucht. 3 Themat. **Poznań, ul. Wodna 23.**

Perfekte Hauschneiderin

sofort gesucht. **Poznań, ul. Kantata 4, III Etg.**

Stellungs-

Vom 1. 4. ab. später suche auf größ. Gut Stellung als **Rechnungsführerin** — **Stütze.** pers. in Buchführung, Korresp. u. Aufsichten. Langj. Praxis. Off. an **M. C. Bobinski, Dwierzytowo, per Golub.**

Suche Stellung als Stütze

vom 15. 3. oder 1. 4. 27 ab in Stadt oder Land. 4 J. alt, etgl. Gute Zeugnisse vorhanden. **Przybylska p. Lejno.**

Ältere geb. u. geprüfte Krankenpflegerin

(Danzig), sehr erfahren in Säuglin- & Wochenpflege sucht Stellung zum 15. April. Ang. u. 419 an die Geschäftsst. d. Bl.

Junges Mädchen

o. Lande wünscht das Kochen zu erlernen. Gef. Zuschr. u. 448 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Mit dem Fallen der Zinssätze haben dann die Pfandbriefschulden sich ziemlich früh die Tatsache, dass die ersten Emissionen mit so hohen Zinsen ausgestattet waren, als unbequem empfunden und auf einem Wege, der im Auslande niemals verstanden worden ist, durchgesetzt, dass diese landschaftlichen Titel in achtprozentige konvertiert werden. In Anbetracht der Tatsache, dass der Zinssatz in Deutschland weiter fiel, entschloss man sich später, ganze Arbeit zu machen und wird nun eine Konvertierung in sogar nur siebenprozentige Pfandbriefe vornehmen. Dass diese Dinge für das deutsche Kreditprestige im Auslande nicht gerade sehr günstig wirkten, kann man verstehen, wenn auch gewiss der Notlage der Hypotheken- und Pfandbriefschuldner, die zu einer Zeit, wo allgemein ein etwa sechs- bis siebenprozentiger Zinssatz galt, noch 10% zahlen mussten, Verständnis entgegengebracht werden soll. Immerhin ist Vertrag — Vertrag, und selbst wenn die juristische Seite dieser Konvertierungsmassnahmen weit einwandfreier liegen würde, als es tatsächlich der Fall ist, könnte man hinsichtlich der psychologischen und moralischen Auswirkungen des Vorgehens der Landschaften zum mindesten zweierlei Meinung sein. Tatsächlich hat der Beschluss dieser Konvertierungstransaktionen dem Kurs der landschaftlichen Pfandbriefe an den deutschen Börsen nicht unwesentlich geschadet, und selbst wenn man von der Tatsache absieht, dass die Pfandbriefe der Hypothekenbanken zumeist langfristiger Natur, d. h. auf Jahre hinaus kündbar sind, lässt sich feststellen, dass das Kursniveau der landschaftlichen Titel unter dem der Hypothekenbank-Pfandbriefe liegt.

Eine weit stärkere Belastungsprobe hat nun das Kreditprestige der deutschen Geldnehmer durch die kürzlich in der Presse vielfach erörterte Frage eines Wiederauflebens des § 247 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches erfahren. Diese Bestimmung, deren Rechtsgültigkeit seit langen Jahren aufgehoben ist, dass alle Schuldverhältnisse, denen ein Zinssatz von mehr als 6% zugrundeliegt, jederzeit vom Schuldner mit nur sechsmonatlicher Frist gekündigt werden können. Es bedarf kaum näherer Erörterung, dass diese Bestimmung vor dem Kriege und unter ganz anderen Geld- und Zinsverhältnissen erlassen worden ist. Zu einer Zeit, wo der Zinssatz an den Markt gebrachten Anleihen zwischen 3% und 4% schwankte, hatte es seine gewisse Berechtigung, höhere Sätze als Wucher zu bezeichnen, oder zum mindesten dem Schuldner die Möglichkeit zu geben, sich von solchen drückenden Schuldverhältnissen zu lösen. Heute aber liegen die Dinge ganz anders. In Anbetracht der

tatsächlich sehr schweren Verluste, die das Ausland an deutschen festverzinslichen Titeln erlitten hat, sind die Zinssätze trotz ständiger jahrelanger Nachgebens noch immer nicht auf das internationale Niveau herabgesunken und Sätze, die heute hoch erscheinen, wie solche von etwa 8—10%, stellten zu dem Zeitpunkt, an dem sie bewilligt wurden, nicht besondere Ausnahmen dar, die sich durch die Schwäche des Schuldners erklären liessen, sondern bildeten vielmehr durch die Regel, und lediglich diese günstigen Zinssätze waren es, die das internationale Kapital überhaupt auf den deutschen Anlagemarkt lockten. Wenn man, wie dies unberechtigtweise heute von schuldnerscher Seite verlangt worden ist, den § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches wieder aufleben lassen würde, so würde dies nicht einen moralisch und rechtlich begründeten Schutz gegen Wucher darstellen, sondern vielmehr dem Schuldner eine Möglichkeit geben, gewissermassen Konjunkturgewinne einzuharsten, indem man frühere Verträge, die druckaus moralisch waren, und dem völlig normalen Verhältnis von Angebot und Nachfrage der damaligen Zeit entsprachen, zum Nachteil der Gläubiger annullieren lässt.

Es bedarf keiner weiteren Betonung, dass das Wiederaufleben des § 247 B. G. B. eine schwere, vielleicht für längere Zeit kaum wieder gutzumachende Schädigung des deutschen Emissionskredit im Auslande verursachen müsste. Glücklicherweise haben die massgebenden Faktoren, insbesondere die Hypothekenbanken usw. in Deutschland, die Gefahren, die in einem solchen Schritte liegen würden, sehr schnell erkannt und haben in Erklärungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liessen, dargetan, dass eine solche Massnahme nicht in Frage kommen dürfte, und dass die massgebenden Institute sich unter allen Umständen an die ursprünglich vereinbarten Emissionsbedingungen halten würden. Inzwischen ist auch von amtlicher Seite die Absicht einer solchen Massnahme dementiert worden. Man hat die Absicht, dass alle Verantwortlichen, über die erzielten Fortschritte auf dem Gebiete des Kreditprestiges erlautet zu sein. Gerade deshalb aber hat man alle Veranlassung, darauf zu achten, dass das in schwerer Arbeit Erreichte nicht durch sinnlose, den Emissionskredit ernstlich unterwühlende Massnahmen auf Spiel gesetzt wird, und deshalb das für absehbare Zeit ein Wiederaufleben des § 247 B. G. B. bzw. eines gesetzlich sanktionierte Aufhebung früher geschlossener Verträge unter keinen Umständen erfolgen.

Radiolalender.

Rundfunkprogramm für Dienstag, 22. Februar.

Berlin (483,9 u. 566 Meter). 12.30: Dr. Johannes Guenther: Theater als Wirklichkeitswert. 4.30—6: Konzert. 6.15: Stunde mit Bildern. 6.45: Dr. Wegener: Die Entdeckungsgeschichte der Erde. 8: „Der Jarewitsch“, Operette in drei Akten von Lehár.

Breslau (322,6 Meter). 3.45: Kinderstunde. 4.30—6: Mozart-Weihnachts- und Neujahrskonzert. 6: Dr. Epstein: Beethoven und seine Zeit. 7—7.35: Englisch. Ein Anfängerkursus. 7.40—8: Englische Lektüre. 8.10: Das Stiftungsfest. Ein Schwan aus der Faschingszeit in Schlefien von Hans Christoph Kaergel.

Frankfurt a. M. (428,6 Meter). 8.15: „Die Wildente“, Schauspiel in fünf Akten von Henrik Ibsen. Anschließend Schallplattenmusik.

Königsberg (329,7 Meter). 10.30—12.30: Vormittagsmusik. 4—5.45: Nachmittagskonzert. 5.45: Carl. Wüstenböcker erzählt eigene Märchen. 7.30: Esperanto. 8: Stunde mit Bildern und Duetten von Reinh. Könenlamp-Danzig. 9—11: Populäres Abendkonzert (Uebersetzung aus Danzig).

Königsbrunnhausen (1250 Meter). 5—6: Prof. Dr. Seeburg: Der heilige Augustin und wir. 6.30—6.55: Spanisch für Anfänger. 7.20—7.45: Hans Voetiger: Beethoven als Violoncellist. Ab 8 Uhr: Uebersetzung aus Berlin.

Langenberg (468,8 Meter). 1.30—2.30: Mittagskonzert. 5—5.55: Teemusik. 6—6.20: Kriminalkommissar Große: Wie soll die Allgemeinheit vor dem Berufsverbrechertum geschützt werden? 6.20—6.40: Bernh. Grigor: Die Welt auf Schienen. 7.15—7.35: Spanisch. 7.40—8: Dr. Stulz: Die politischen Parteien in Amerika. 8—10.20: „Der Betelshubener“, Operette in drei Akten von Willkür.

Leipzig (365,8 Meter). 4.30—5.30: Nachmittagskonzert. 7.30—8: Dr. v. Papen-Dresden: Die Anfänge der Geldwirtschaft. 8.15: Das lebende Geld. 10.15—12: Tangemusik.

Stuttgart (379,7 Meter). 4.15: Nachmittagskonzert. 8: „Der Mikado“, Burleske Operette in zwei Akten von Sullivan. Anschließend Wunschnachrichten.

Wien (517,2 u. 577 Meter). 4.15: Nachmittagskonzert. 7.10: Esperanto. 7.30: Englisch für Fortgeschrittene. 8.05: Vorlesung Arnold Korff. 9.05: Franz Lehár-Abend.

Warschau (1111 Meter). Konzert unter Mitwirkung von Solisten.

Rundfunkprogramm für Mittwoch, 23. Februar.

Berlin (483,9 u. 566 Meter). 1.30—2: Glöckenspiel von der Parodialkirche. 4—6: Jugendbühne: „Philotas“, ein Trauerspiel von G. E. Lessing. 7: Helmut Jaro Jarek: Vortragsreihe: „In der Werkstatt der Lebenden“. Ein Besuch bei Paul Simmel und Walter Frier. 8.30: Mozart-Konzert des Berliner Junfiorchesters. 9.15: „Der Tod und der Tod“ von Hugo von Hofmannsthal. 10.30 bis 12.30: Tangemusik.

Breslau (322,6 Meter). 4.30—6: Strauß — Willkür — Suppe. Unterhaltungskonzert. 6: Bücherbesprechung. 8.05: Klavierabend Paul Schramm. 9.55—11.10: Das vierte Breslauer Sechstageressen. 11.35: Carl Behr: Theaterplauderei.

Frankfurt (428,6 Meter). 3.30—4: Stunde der Jugend. Rektor Wehman: Heinrich IV. Jugendzeit. 4.30—5.45: Konzert des Hausorchester. 6.45—7.15: Schach. 8.15—9.15: Opernabend. 9.15—10.15: „Das fatale Ei“, Fabelgroteske in einem Akt von Walter Schütt.

Königsberg (329,7 Meter). 4: Jugendstunde. 4.30—6: Nachmittagskonzert. 8.10: Heiterer Abend in verschiedenen Rundarten. Anschließend bis 11.30 Tangemusik.

Königsbrunnhausen (1250 Meter). 3.30—4: Einheitskurzstift für Anfänger. 4.30—5: Englisch für Fortgeschrittene. 5.30 bis 6: Prof. Siegfried Ochs: Die Arten der Kirchengemeinschaft. 6.30 bis 6.55: Englisch für Anfänger. 8.30: Mozart vor 150 Jahren. Ein Rokoko-Abend. (Uebersetzung aus Hamburg.)

Langenberg (468,8 Meter). 1.30—2.30: Mittagskonzert. 5 bis 5.55: Teemusik. 6.30—6.40: Dr. Illman spricht über den neuen Roman von Arnold Illh. „Christine Munk“. 6.40—7: Dr. Gager: Ueber die Stichtbüdung des Bobens. 7.35—8: Dr. Riedel: Probleme neuerzeitlicher Industriearbeit. 8.30—10: „Bunbury“ („Ernst sein ist alles!“). Ein triviale Komödie für ernsthafte Leute von Oskar Wilde. 10.15—12: Tangemusik.

Leipzig (365,8 Meter). 8.15: „Endlich allein“, Operette in drei Akten von Franz Lehár.

München (535,7 Meter). 7: „Cosi fan tutte“. Komische Oper in zwei Aufzügen von W. A. Mozart.

Rom (449 Meter). 8.45: Vokal- und Instrumentalkonzert.

Büsch (494 Meter). 8: Wiener Abend. 9: Tangemusik.

Wien (517,2 u. 577 Meter). 4.15: Nachmittagskonzert. 8.15: Märchen für groß und klein. 7: Wiener Konzertverein. 9.15: Faschingsvorlesung. Anschließend leichte Abendmusik.

Warschau (1111 Meter). 5.15—6.40: Orchesterkonzert. 8 bis 10: Abendveranstaltung. 10.30: Jazzmusik.

RADIO-AMATEURE!

Denket daran, daß PHILIPS-MINIWATT-Röhren nach den neuesten Stande der Radiotechnik ausgeführt sind und sich durch minimalen Stromverbrauch und unübertreffliche Dauerhaftigkeit auszeichnen.

Verlangt PHILIPS-Prospekte von eurem Radioröhren-Lieferanten!

In dem PHILIPS-Prospekte findet Ihr Ratschläge für die Wahl der am besten geeigneten Röhren für euren Apparat.

Spielplan des „Teatr Wielki“.

Montag, den 21. Februar: „Don Juan“, (Gastspiel Komjaty).

Dienstag, den 22. Februar: „Bogani“.

Mittwoch, den 23. Februar: „Das Spötttermahl“.

Donnerstag, den 24. Februar: „Don Juan“.

Freitag, den 25. Februar: „Der Obersteiger“, (Ermäßigte Preise).

Sonntag, den 26. Februar: „Das Spötttermahl“.

Sonntag, den 27. Februar, 3 Uhr nachm.: „Dreimädelchen“ (Ermäßigte Preise.) 7½ Uhr nachm.: „Soffmanns Erzählungen“.

Montag, den 28. Februar: „Das Spötttermahl“.

Vorverkauf an Wochentagen im Teatr Polski von 10 Uhr nachm. bis 5 Uhr nachm. an Sonn- und Feiertagen u. r. im Teatr Wielki von 11½—2 Uhr. Nach Beginn der Vorstellung wird nicht mehr eingelassen.

Teatr Palacowy, pl. Wolności 6.

Von heute, Montag, an: Aufsehenerregendes Drama in 10 Akten:

„Frauen, die man nicht erböt“

Es beleuchtet das Schicksal von Existenzen, deren Leben nur wie der Schein bengalischer Feuers ist.

Hauptrollen: **Lya Mara** **Alfons Fryland**

um 4½, 6½, 8½ Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Lotteriegewinne. Wie bereits schon wiederholt, sind auch in der jetzigen 14. Lotterie in die Starogard Lotterie Kollektur, ul. Kosciuszki Nr. 6, größere Gewinne gefallen. In der 1. Klasse fiel ein Gewinn von 20.000 zł. Die Glücklichen waren die Herren: Scislawski, Lasowski, Schmidt, Wüllen aus Lautenburg (Dzialdowo). Am Anfang der zweiten Hauptziehung fiel ein Gewinn von 10.000 zł. und bei der Glücklos war in Händen der Herren: Szczęśliwski, Rataj (Stalowa), Fr. Rajzubowski, Starogard, sowie Wojasinski aus Rajkowo. Glückszahlen waren 77.060 und 78.083.

Die Starogard Lotterie-Kollektur teilt mit, daß 20% der Gewinne schon bezogen werden können, und 10% der Gewinne in fünf Raten, welche jedem Spieler zugeteilt werden. 1. Klasse am 13. 14. März d. J. Hauptgewinn mit 100.000 600.000 zł. Die 15. Staats-Lotterie umfasst 100.000 und 52.000 Gewinne. Somit gewinnt jedes zweite Los, und das Risiko verschwindet klein im Verhältnis zu der großen Zahl von hohen Gewinnen. Auf Wunsch werden Befreiungen auch per Nachnahme erledigt.

D. Dr. Kalweit 60 Jahre alt.

Am 17. Februar vollendete das Oberhaupt der Evangelischen Kirche in der Provinz Danzig General-Superintendent D. Dr. Kalweit sein 60. Lebensjahr. D. Dr. Kalweit ist geborener Danziger. Als Sohn eines ostpreussischen Kantors geboren, hat er in Königsberg studiert und beide theologischen Bräunungen bestanden. Seit 1888 war er Direktor des evangelischen Predigenseminars in Königsberg am Döbering und promovierte 1900 zum Dr. phil. 1902 zum Lic. theol. in Riga. Seine hervorragende wissenschaftliche Verdienste erwarben ihm die Universität Gießen an, als sie ihn 1911 ehrenhalber zum Doktor der Theologie ernannte. Zahlreich sind seine in verschiedenen Zeitschriften und eigenen Werken. Im letzten Jahre hat er seinen Verlag in Gießen eine „Einführung in die Religionsphilosophie“ herausgegeben. Zugleich mit seiner Fortbildung in Gießen vertritt er unermüdet die Zeitschrift des „Evangelischen Vereins“ in Danzig.

Im Mai 1912 wurde D. Dr. Kalweit zum ersten Vizepräsidenten der Provinz Danzig ernannt und zugleich zum Superintendenten und zum Konsistorialrat beim dortigen Konsistorium ernannt. Als Danzig von Deutschland abgetrennt wurde, beauftragte ihn das Oberkonsistorium mit der Führung des Konsistoriums nach dem Wegzug D. Dr. Kalweits und verlieh ihm den Titel General-Superintendent.

Raub deutschen Eigentums in Ostland.

Die Enteignung der Domkirche in Reval. Zu der nunmehr vollzogenen Enteignung der historischen Revaler Domkirche durch die Esten und die drohende Enteignung der uralten deutschen Domkirche in Reval, die sich im Besitz des schändlichen Gemeindefiskus befindet, schreibt die „Allgemeine Rundschau“, dass man in Ostland über die revolutionäre Periode der Enteignung fremden Vermögens noch immer nicht hinaus sei, und charakterisiert das Vorgehen der estnischen Behörden als ein neues Beispiel auf deutsches Eigentum in Ostland.

Die estnische Presse hat in diesem Zusammenhang eine heissere Kampagne für Konfiskationen deutschen Eigentums in Ostland eröffnet. Im „Revaler Boten“ wendet sich der deutsche baltische Parteivorsitzende und Chefredakteur des „Revaler Boten“, Axel de Vries, gegen diese Gehe und hält fest, dass von verantwortlicher Seite aus Absichten bestehen, die einen nicht wieder gutzumachenden Eingriff in das kulturelle Leben des deutsch-baltischen Volkstums in Ostland zu bewirken. Darüber hinaus würde ein solcher Schritt fremdes Eigentum immer noch in Ostland sich bemerkbar machen würde die Verhinderung der Abwanderung über die Ostsee durch eine solche Tat in ein Licht gerückt werden, das das estnische Prestige aufs schwerste schädigen dürfte.

Zur Enteignung der Domkirche erklärt der Präsident des estnischen Gemeindefiskusverbandes, Baron Axel Mahdell, im „Revaler Boten“ eine Erklärung, in der es u. a. heisst:

Der Innenminister hat die Fortnahme unserer Kirche beschlossen. Wir werden gegen diese Verfügung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen, denn das Recht steht auf unserer Seite. Wer die Verhältnisse kennt, wer noch Sinn für Tradition, wenn die Kirche im religiösen Empfinden noch lebendig ist, der weiß, dass hier eine Wunde geschlagen wurde, die nicht heilen kann. Unsere besten, heiligsten Gefühle werden hier mit Füßen getreten. Die christliche Kirche ist in Ostland und Entzweiung. Sieht der Weg zur Entzweiung.

Die Enteignung der Domkirche und die neuen drohenden Verfügungen haben das baltische Volkstum in allergrößte Gefahr versetzt. Auch die außerbaltische Presse nimmt in diesem Beispiel estnischen Hungers nach fremdem Besitz eine nicht missverständliche Stellung ein.

Die Chinesen in Genf.

Eine Rundgebung.

Mit dem Schritt des chinesischen Ratsmitglieds Tschaojinschu, der die Pekinger Regierung, der einfach die Absicht hat, das Pekinger an England dem Generalsekretär des Völkerbundes Kenntnis gab, scheint vorläufig die Aktion der Pekinger Regierung beim Völkerbund abgeschlossen zu sein. In der Tat verließ Tschaojinschu nach seinem Schritt Genf, um nach Rom, wo er Gesandter ist, zurückzukehren. Kaum lang mit einer Rundgebung in Genf hervor. Sifinhuoh, Mitglied des Völkerbundes, der Kommissar in Europa, der von Genf nach Genf gekommen ist, nachdem er schon früher in Paris mit dem Vertreter der Pekinger Regierung Fühlung genommen hat, veröffentlicht heute vorläufig, nachdem der Pekinger Vertreter abgereist ist, folgende Erklärung an die internationale Presse:

„Meine Reise nach Genf steht in keiner Beziehung zum Völkerbund. Ich wollte mich nur mit verschiedenen Persönlichkeiten in geschäftlichen Angelegenheiten besprechen. Was die Beziehungen zwischen China und England betrifft, so kann kein Zweifel zwischen den beiden Ländern bestehen, solange England eine doppelte Politik treibt. Falls erste Folgen aus der Pekinger Schanghai durch englische Schiffe und Truppen entstehen sollten, wären wir Chinesen nicht dafür verantwortlich. Die Pekinger Regierung wird für die Unabhängigkeit, die Freiheit und Gleichberechtigung Chinas mit allen Mitteln und unter allen Umständen bis zur vollständigen Verwirklichung dieses Zweckes kämpfen. Die englischen Imperialisten sind eifrig auf der Höhe der Pekinger Beziehungen zu Peking. Sie beabsichtigen, das materielle Wohlbefinden auf die ungenügende Weise zu vergrößern. Sie vergessen ebenfalls, dass unsere Unabhängigkeit die Unterdrückung und Sympathie der großen Nationen des chinesischen Volkes, der Sozialisten, der Arbeiterklasse und der diplomatischen Vertreter Pekings im Ausland der nationalen Regierung gegenüber betrifft, so ist zu bedenken, dass unsere Bewegung eine Revolution der Pekinger Regierung ohne Rücksicht auf die Interessen der Pekinger Grundbesitzer und mit uns für die gemeinsame Sache der Nation wirken. Wenn die Vertreter von Peking in Genf einander glauben und mit uns für die gemeinsame Sache der Nation handeln, so geschieht das auf Grund ihres eigenen Willens, wobei sie von ihrer Vaterlandsliebe geleitet werden. Die Pekinger Regierung zeigt sich einer nationalpolitischen Bewegung als Vertreterin der wirklichen öffentlichen Meinung des chinesischen Volkes und einer Schattengovernment in Peking, geführt wird.“

San Remo, 19. Februar. Der „Matin“ bringt das von ihm erhaltenen Zusammenkunft zwischen Mussolini und Stresemann in San Remo, bei der beschlossen worden sei, dass die beiden Mächte sich in Zukunft als Bundesgenossen ansehen werden. Das Gerücht gehört zu den vielen Fälschungen, die über den Aufenthalt des Außenministers verbreitet werden, da die Welt annehmend nicht versteht, dass ein Staatsmann eine wirkliche Verhandlungsfähigkeit hat, die mit Politik nichts zu tun hat. Auch die in der deutschen Presse veröffentlichten Mitteilungen, dass der Außenminister aus politisch partiellistischen Rücksichten beabsichtige, die zweite Hälfte seines Urlaubs an der französischen Riviera zu verleben, sind unrichtig. Wenn der Außenminister etwa in der nächsten Zeit seine Ausflüge über die nahe Grenze in die Umgebung von Nizza unternehmen sollte, wird man hoffentlich daran nicht wieder politische Folgerungen knüpfen.

Wie wir hören, beabsichtigt Dr. Stresemann bis Ende dieses Monats hier zu verweilen und alsdann nach Genf zu fahren, um an der Sitzung des Völkerbundesrates teilzunehmen. Dr. Stresemanns Aufenthalt in San Remo gab Veranlassung zu mancherlei freundlichen Rundgebungen, namentlich auch von italienischer Seite, so von hier weilenden italienischen Studenten aus Genua. Die deutsche Kirchengemeinde von San Remo, verbunden mit Deutschen der benachbarten Rivieraorte, vereinigte sich in der vergangenen Woche mit dem Minister zu einem gemeinsamen Abend, an dem auch viele Auslandsdeutsche, Vertreter der evangelischen Kirchen sowie evangelische Italiener teilnahmen. Pfarrer Herr aus Berlin sprach dabei über die Entwicklung des deutschen Choralgesangs. Die außergewöhnliche Herzlichkeit, mit der die Deutschen aller Parteien den Reichsaussenminister bei dieser Gelegenheit begrüßten, zeugte von einer vorbildlichen Einheitsfront der hier ansässigen und hier weilenden Deutschen, die ihren Eindruck auf die anwesenden Ausländer nicht verhehlte.

Dr. Stresemann in Umland.

San Remo, 19. Februar. Der „Matin“ bringt das von ihm erhaltenen Zusammenkunft zwischen Mussolini und Stresemann in San Remo, bei der beschlossen worden sei, dass die beiden Mächte sich in Zukunft als Bundesgenossen ansehen werden. Das Gerücht gehört zu den vielen Fälschungen, die über den Aufenthalt des Außenministers verbreitet werden, da die Welt annehmend nicht versteht, dass ein Staatsmann eine wirkliche Verhandlungsfähigkeit hat, die mit Politik nichts zu tun hat. Auch die in der deutschen Presse veröffentlichten Mitteilungen, dass der Außenminister aus politisch partiellistischen Rücksichten beabsichtige, die zweite Hälfte seines Urlaubs an der französischen Riviera zu verleben, sind unrichtig. Wenn der Außenminister etwa in der nächsten Zeit seine Ausflüge über die nahe Grenze in die Umgebung von Nizza unternehmen sollte, wird man hoffentlich daran nicht wieder politische Folgerungen knüpfen.

Deutsches Reich.

Wichtige Neuerung auf dem Wege der Depechen-übertragung.

Berlin, 21. Februar. (N.) Der „Montagspost“ zufolge wird die Reichspost in Vereinigung mit der Firma Telefunken schon in den nächsten Tagen den Probetrieb einer neuen Art von Telegrammübermittlung aufnehmen, die darin besteht, Stenogramme drahtlos zu photographieren und auf diesem Wege zu übermitteln.

Politische Ausschreitungen in Neu Segefeld.

Berlin, 21. Februar. (N.) Am gestrigen Sonntag zogen etwa 1000 Kommunisten vor die Wohnung des Stahlhelmführers Dr. Heise, der sich zur Zeit auf Reisen befindet; dabei kam es zu Ausschreitungen schlimmer Art. Einige Kommunisten sind in die Wohnung eingedrungen und haben verschiedene Möbel ruiniert und mehrere Fenstersteine eingeschlagen. Die Frau Dr. Heises wurde mehrfach bedroht. Die herbeigerufenen Polizei konnte mit Mühe die Ordnung wieder herstellen. Der Führer der Kommunisten wurde zwangsgewaltig aber bald darauf wieder entlassen. Gegen den Führer der Arbeitslosen, Schreiber Schiefer und einiger seiner Genossen wurde eine Voruntersuchung eingeleitet.

Minister a. D. Dr. Scholz über die politische Lage.

Deffau, 21. Februar. (N.) Der Führer der Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei Dr. Scholz hielt gestern auf der Handwerkerkammer der Deutschen Volkspartei einen Vortrag über die politische Lage. Er betonte: Die Außenpolitik liege bei Dr. Stresemann in den besten Händen. Das nächste Ziel der deutschen Außenpolitik sei die Vereinerung deutschen Landes von fremden Befugungen. Dr. Scholz trat für eine Bollung aller europäischen Länder ein. Auf innerpolitischem Gebiete fordert Dr. Scholz unbedingt steuerliche Erleichterungen. Der Mittelstand könne die neue Regierung mit Freuden begrüßen. Die deutsche Volkspartei habe schwere Opfer dargebracht, weil sie den Staat über die Partei gestellt habe.

Berlin-Paris 5:1.

Berlin, 21. Februar. (N.) Gestern fand hier unter Teilnahme von 40000 Zuschauern ein Städtischballspiel Paris-Berlin statt, in dem die Fußballmannschaft Berlin mit 5:1 Sieger blieb.

Selbstmordversuch eines kommunistischen Abgeordneten.

Berlin, 21. Februar. (N.) Aus Hamburg wird gemeldet, dass dort gestern früh der kommunistische Abgeordnete Sprode in einem Anfall von Schwermut einen Selbstmordversuch verübt habe. Er schoß sich mit einer Armeepistole in die rechte Schläfe. Die Kugel blieb im Kopf stecken. Der Zustand des Abgeordneten ist hoffnungslos.

Von der Interessengemeinschaft Großberliner Ladenbesitzer.

Berlin, 21. Februar. (N.) Gestern hielt die Interessengemeinschaft Großberliner Ladenbesitzer eine Protestkundgebung gegen die bekannte Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministeriums ab. Der preussische Landtagsabgeordnete Ledemann (Sozialdemokrat) hielt unter dem Beifall der Teilnehmer eine Rede, die sich gegen die Verordnung richtete. Es wurde eine Entschärfung angenommen, in der die Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft auch für die Gaden geordnet wird.

Aus anderen Ländern.

Die Vereinigung der deutschen und tschechischen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei vollzogen.

Prag, 21. Februar. (N.) Gestern fand hier eine gemeinsame Versammlung der Vorstände der tschechischen Gewerkschaften und der in der Reichsberger Zentrale des deutschen Gewerkschaftsbundes vertretenen Vorstände statt. Damit fanden die seit 1920 getrennten Verhandlungen über eine Vereinigung dieser Gewerkschaften ihren Abschluss. Der tschechische Gewerkschaftsverband der jetzt die Gewerkschaftszentrale repräsentieren wird, zählt nunmehr 66800 Mitglieder.

Neue Weltmeisterin im Eislaufsanfassen.

Dals, 21. Februar. (N.) Die Weltmeisterin für Damen im Eislaufsanfassen errang Olga Genie-Norwegen. Die bisherige Weltmeisterin Frau Jansz Sjaabo-Wien wurde zweite.

Nachwahl im Departement Tarn.

Paris, 21. Februar. (N.) Im Departement Tarn fand gestern die Nachwahl für den verstorbenen radikalen Abgeordneten Herz Simon statt. Gewählt wurde der radikale Kandidat Couderc gegen den einzigen Gegenkandidaten, der die nationale republikanische Partei vertrat.

Scheitern des Ozeanfluges de Pinedos.

Paris, 21. Februar. (N.) Wie die Pariser „Times“ von den Kapverdischen Inseln melden, ist es möglich, dass der italienische Flieger de Pinedos wegen technischer Mängel, die sein Flugzeug aufweisen soll, den Ozeanflug nicht unternehmen dürfte. Angeblich soll das Flugzeug nicht imstande sein, die Menge Benzin aufzunehmen, die zur Überfahrt über den Ozean notwendig ist. Infolgedessen soll der Flieger seine Absicht, den Ozean zu überfliegen, aufgegeben haben.

Zur englisch-russischen Spannung.

London, 21. Februar. (N.) Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die fürzlich abgehaltenen Beratungen des Kabinetts werden, wie verlautet, nicht zum Abbruch der Beziehungen Englands zu Russland führen. Die Minister sind jedoch zu dem Schluss gekommen, dass ein neuer Protest in Moskau gegen die Flut der enlandischen Propaganda erhoben werden soll. „Daily Mail“ schreibt: Eine solche Warnung könnte leicht das Vorzeichen zu einem unangenehmen Bruch der Beziehungen zwischen England und Russland sein.



Wer Odol konsequent täglich anwendet, übt nach unseren heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus.

Eine Versteigerung russischer Kronjuwelen.

London, 21. Februar. (N.) Wie die Blätter melden, wird eine Sammlung von Juwelen, die zum großen Teil aus dem XVIII. Jahrhundert stammen und einen Teil der russischen Kronjuwelen bilden, am 16. März versteigert werden. Die Juwelen sind von einem englischen Syndikat gekauft worden und sollen nunmehr versteigert werden.

Sturmkatastrophe in New-Jersey und New-England.

Newport, 21. Februar. (N.) Stürme, die von ausnahmsweise hohen Fluten begleitet waren, haben beträchtlichen Schaden an den Küsten von New-Jersey und New-England angerichtet. Ein Küstenpatrouillenboot ist in Princeton mit der gesamten Besatzung von 9 Mann untergegangen.

Unterzeichnung eines Abkommens zwischen O'Malley und Tischen.

Sanfau, 21. Februar. (N.) Amtlich wird bekannt gegeben, dass der englische Gesandtschaftsrat O'Malley und der Minister des Neuherrn der Kantonregierung Tischen gestern Abend ein englisch-chinesisches Abkommen unterzeichnet haben.

Verhandlungen zwischen Lampson und Wellington Roo.

Beijing, 21. Februar. (N.) Der britische Gesandte und der chinesische Minister des Neuherrn der Befehliger Regierung Wellington Roo werden heute zwecks Erörterung der kürzlich gemachten britischen Vorschläge zusammentreffen.

Letzte Meldungen.

Abreise des Staatspräsidenten.

Der weitere Posener Aufenthalt des Herrn Staatspräsidenten sah u. a. einen Besuch von Racot und Diczwa (Kreis Breschen) und die protektorale Teilnahme an dem Ball der Reserveoffiziere vor. Am Sonntag vormittag ist der Präsident dann über Thorn nach Warschau abgereist, um abends in Warschau einzutreffen, wo er auf dem Bahnhofe vom Ministerpräsidenten Pilsudski und den übrigen Regierungsmitgliedern begrüßt wurde. Gleich nach seiner Ankunft sollte ein diplomatisches Festessen stattfinden unter Teilnahme sämtlicher Vertreter der beim Staatspräsidenten akkreditierten Mächte.

Raubmord.

Hamborn, 21. Februar. (N.) Am gestrigen Sonntag wurde die 39jährige Ehefrau Katarina Wintges im Schweinefall ermordet aufgefunden. Der Ermordeten wurden ungefähr 1700 Mk. gestohlen. Als der Raubmörder wurde der Knecht des Hofes verhaftet. August Kallwera stand auch bald darauf die Tat ein, gebürdete sich jedoch als wilder Mann und wurde in Fesseln gelegt.

Der Erzbischof von Brügge gegen den flämischen Aktivismus.

Paris, 21. Februar. (N.) In einem Briefe hat, wie dem „Matin“ aus Brüssel gemeldet wird, der Erzbischof von Brügge zu den flämischen aktivistischen Bewegung Stellung genommen. Es heißt darin: Er mißbilligt und verurteilt die nationalitistische Politik und vor allem den sogenannten flämischen Nationalismus. Er verbietet allen Gläubigen, Zeitungen oder Schriften zu lesen, in denen diese Irrtümer verbreitet würden.

Die Gerüchte über die Rückkehr des Prinzen Karol.

Paris, 21. Februar. (N.) Der „Matin“ hat sich in Neuilly, dem Wohnort des Kronprinzen Karol von Rumänien, über die Möglichkeit der Gerüchte über eine Rückkehr des Prinzen nach Rumänien erkundigt. Er will erfahren haben, dass der Kronprinz tatsächlich die Absicht hat, nach Rumänien zu reisen, um seinem Vater einen Besuch abzustatten; dieser Besuch soll jedoch keinerlei politische Zwecke verfolgen. Vorher soll der Kronprinz nach Rapallo fahren, um dort seinen Sohn Michael wiederzusehen. Es sei möglich, dass die Versöhnung innerhalb der königlichen Familie leicht das Vorzeichen einer politischen Wiederherstellung sei.

Zustimmung Englands zur Seeabrüstung.

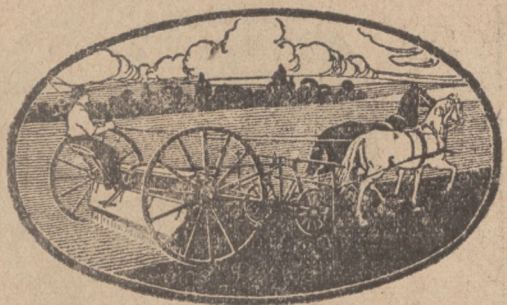
Newport, 21. Februar. (N.) Wie „Newport World“ hört, hat das englische Kabinet den Seeabrüstungsplan des amerikanischen Präsidenten Coolidge zugestimmt. Eine formelle Antwort wird indessen erst in der kommenden Woche erteilt werden.

Springfluten an der Nord-Ostküste Amerikas.

Newport, 21. Februar. (N.) Eine Springflut, wie sie sich in den letzten fünfzig Jahren nicht mehr ereignet hat, hat an der ganzen Nordküste von Maine bis Delaware einen Millionen-Schaden angerichtet. Das Meer steht an verschiedenen Stellen meilenweit landeinwärts. Der Seeverkehr ist völlig gestört. Kleine Fahrzeuge wurden ein Opfer der Springflut.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Syra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Verlage: „Die Zeit im Bild“; Robert Syra; für den Anzeigenenteil: Richard J. Schulz, Kosmos Sp. z. o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt“, Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.



Zu dem Zwecke, unsere Kundschaft desto billiger und kulanter bedienen zu können, haben wir eine

Abteilung in Poznań

errichtet, und empfehlen wir, als **sofort ab Lager in Poznań** greifbar, eine Auswahl der hervorragendsten

**Pflüge, Säemaschinen
Düngerstreuer, Pferde-
u. Hand-Hackmaschinen
Röberschen Saatreinigungsmaschinen**

sowie sämtlicher anderen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte.

Bronikowski, Grodzki i Wasilewski S. A. Poznań.

Verkaufsbüro: **Pocztowo 10.**

Lagerräume: **Skladowa 4.**

Kataloge und Preislisten kostenlos und postfrei!

Dom. Białokosz, p. Nojewo, Bahnstationen { Pniewo, Rikowo,

hat **zur Saat** abzugeben:

ca. 250 Ztr., Orig. **P. S. G. Gambrinus-Gerste**,
anerkant, zum Preise von 60% über Pos. Höchstnotiz,

„ 300 Ztr. **Ligowo - Hafer**, II. Abs., zum Preise von 20% über Pos. Höchstnotiz

„ 600 Ztr. **Gelbstern-Hafer**, III. Abs., zum Preise von 20% über Pos. Höchstnotiz,

„ 100 Ztr. **Peluschken**, z. Preise v. 20% über Pos. Höchstnotiz,

„ 300 Ztr. **Kl.-Spiegeler Selesia**, I. Nachbau, anerkant, Preis auf Anfrage.

„ 300 Ztr. **P. S. G. Blücher**, III. Nachbau, Preis auf Anfrage

Ferner sind abzugeben:

35 000 Stück einj. Kiefern sämlinge,

20 000 „ 2jähr. verschulte Kiefern,

3 000 „ 5jähr. „ Lärchen,

5 000 „ Birkenwildlinge.

„**Mix-Seife**“ ist die beste und billigste Waschseife.

„**Mixin**“ ist das beste und billigste Seifenpulver.

Vertreter: **B. Schmidt, Poznań, Wierzbielece 15.** Tel. 5151.

Wer beteiligt sich an

Pachtung

in **Niederschlesien**, 1800 Morgen bester Boden, ertragsfähige Gebäude, hervorragendes Inventar, tätig oder still, gutes Wohnhaus, sehr gute Jagd. Gefl. Angebote mit Angabe des eigenen Kapitals unter 434 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gut erhaltenen

doppelten Walzenstuhl

mit Reierwalzen 30 l oder 350 u. 1000 zu kauf gesucht.
Off. m. Ang. d. Fabr. u. auß. Ford. u. 451 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kaufen jedes Quantum

Fabrikkartoffeln.

Offerten mit Preisangabe an die **Brennereigenossen-**
schaft **Goszczewo, p. Rogozno** erbeten.

Einheirat in Landwirtschaft mit 4-6000 zt Verm. Kavaler. 26 J. alt, Witwe nicht ausgeschlossen. Angebots unter 424 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Dominium Cassowo, p. Surowickam sucht zum 1. 3. einen

zweiten Beamten mit mehrjähr. Praxis.

**Bohrerbürsten
Rehrbesen
Scheuerbürsten
Möbelbürsten
Kleiderbürsten
Zahn- u. Nagelbürsten
Schuhbürsten
Teppichkehrer**

sowie sämtl. Haushaltsbürst. empfiehlt in groß. Auswahl zu **billigsten Preisen**

Ed. KARGE,

Poznań, ul. Nowa 7/8
(früh. Neustr. gegenüber der Disconto-Gesellschaft).

Radio !!

Anoden-Batterien, 60 Volt, 15,50 zł, Anoden-Batterien, 90 Volt, 21,50 zł, Anoden-Batterien, 100 Volt, 22,50 zł empfiehlt zu herabgesetzten Preisen. **W. Stajewski, Poznań, Stary Rynek 65.**

Herren - Pelze

Saison-Ausverkauf nur noch bis zum 28. Februar

B. Hankiewicz, Poznań, Wielkie Garbary 40 II. Etg.

Hackmaschinen

Theodor Hey's neueste verbess. Ausföhr. „Fruchthilfe“ in allen gängbaren Breiten ab Lager Poznań konkurrenzlos billig lieferbar.

Düngerstreuer

„Westfalia“ noch einige Stücke unter Fabrikpreis. Ersatzteile, kompl. Goliathketten.

Schrotmüh'len

Stille's Patent in allen Grössen sofort ab Poznań. Ersatzwalzen

Milch-Kannen ständ. groß. Lager

Kühler Messelmer

Kartoffel-Pflanzlochmasch.

Sarrazin unter Fabrikpreis.

Ing. H. Jan Markowski

Poznań,

Sew. Mielżyńskiego 23.

Tel. 52 43.

Hansa-Schrot- und Quetschmühlen

Die rühmlichst bekannten

sind in Polen wieder zu haben und können auf meinem Lager besichtigt werden.

Woldemar Günter, Poznań.

Landw. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette u. Öle

Tel. 52-25 Sew. Mielżyńskiego 6

Schokoladen
TA
Gorlana
sind
DIE BESTEN!



Schokolade „**Optima**“ ist die beste!

K. K. P.

Gardinen

Garnituren

Stores

Bettdecken

Matrassen

Grösste Auswahl bei billigsten Preisen bietet die Firma

Kazimierz Kuzaj

Gegründet 1896

Teppich-Centrale

ul. 27. Grudnia 9.

Kongress-Store

Meter von 60 Groschen an.

Möbl. Zimmer

sucht besserer Herr Kaufmann (Deutscher), möglichst sep. (Engl.) per 1. 3 27 in Oberhabs.

Offerten unter 450 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Möbl. Zimmer nur in soliden Herrn vom 1. 3 27 in vermieten **Poznań, Szybowy** sta 15, Sh 2 Zr.



LEIPZIGER MESSE

Europas günstigster Einkaufsplatz!

Frühjahrsmesse: 6. bis 12. März

11 000 Aussteller aus 21 Ländern.
150 000 Einkäufer aus 34 Ländern.

1600 Warengruppen aus sämtlichen Branchen.

Von der Stecknadel bis zum Lastkraftwagen.

Verlangen Sie nähere Auskünfte durch den ehrenamtlichen Vertreter für Grosspolen u. Pommerellen

Otto Mix, Poznań, ul. Kantaka 6a, Tel. 2396

oder durch das **Leipziger Messeamt Leipzig.**



Wohin man auch hört:

-Grippe-Grippe-Grippe-

Warten Sie nicht, bis dieser hinterlistige Feind auch Sie an Kräfte hat.

Vorbeugen ist besser, als heilen!

Ein geschwächter Organismus ist naturgemäß besonders empfänglich für jede Art von Infektion. Achten Sie daher darauf, Ihren Körper widerstandsfähig zu erhalten. Gesunde Nahrung und ein geregelter Stoffwechsel sind hierfür Voraussetzung.

Stuvkamp-Salz

orgt für normalen Stoffwechsel, hilft das Blut sowie die inneren Organe von schädlichen Ablagerungen rein erhalten und verbürgt dadurch das Gefühl von Gesundheit und Lebensfreude.

Die tägliche kleine Dosis kostet Sie nur 8 gr.

In Original-Packungen erhältlich in Apotheken u. Drogerien. Auslieferungslager für Wojewodschaft Posen **Karl Christiani, Poznań, ulica Gwarna 11, II.** Tel. 3112. Verlangen Sie Prospekte.

Zur Saat:

Original **Dippes Überwinderhafer**, I. Absaat,

„ **Hildebrands Hannagerste**, I. „

„ **Kriewener gelb. Eckendorfer Futterrühensamen**

I. Absaat.

Dom. Góreczki, p. Borzęciczki,

pow. Koźmin.

Wolfschündin raffiniert in gute Hände abzugeb. **Softe, Poznań, Żupańskiego 16**

KINO RENAISSANCE, Kantaka 8-9.

Vom 21. bis 27. Februar.

Die bezaubernde, reizende und hübsche

Lya de Putti

im Liebesdrama

Der Liebeswahn.

Beiprogramm: Vorzügliche Komödie in 2 Akten und das Tagebuch des Pathé.

Landwirtschaftlicher Beamter, deutsch-lith., 30 er, wünscht mit Dame in Briefwechsel zu treten

zwecks Einheirat

in Landwirtschaft von 100 - 200 Morgen. Witwe nicht ausgeschlossen. Verschwiegenheit. Damen, denen an ein. glückl. Heim gelegen ist, bitte Lf. m. d. Bl. welches zurückgef. wird, u. **J. M. 449** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Wirtschaftsfräulein, 35 Jahre alt, gute Figur, Aussteuer, sucht die **Befanntschaft** eines Herrn in Position im Alter von 35-50 Jahren, auch Witwer mit

zwecks Heirat.

Off. m. Bild u. 443 a. d. Geschäftsst. d. Bl. Anonym

Geolin

der beliebte beste Metallputz

Fabrikanten: **Fritz Schutz Jun. G.m.b.H. Danzig.**

Fabriklager **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.** Tel.